

Der Mahnruf

Kampfblatt der Werktätigen.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethengasse Nr. 20. — Druckstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 2

Graz, Jänner 1928

2. Jahrgang

Arrest und Ausweisung statt Arbeit und Brot.

Im November hat das christlichsoziale „Volkblatt“ die Polizeidirektion auf die Bettler „aufmerksam“ gemacht. Der Grazer Stadtrat hat die Polizei zum Einschreiten aufgefordert. Die Polizei fährt den Befehl der Grazer Stadträte aus. Eine Jagd wird auf die Hungerigen veranstaltet. Der Arbeitslose Purlarthofer berichtet uns über diese Treibjagd genauer:

„Nachdem ich im November arbeitslos wurde, meldete ich mich zur Unterstützung, doch der Amtschimmel ritt so langsam, daß ich im Dezember noch keine Unterstützung bekam. Meine Ersparnisse waren aufgebraucht, ich konnte nicht von der Luft leben und da ich niemanden habe, der mir helfen konnte, ging ich in ein Sanatorium Szuppen betteln. Ein Kriminalbeamter, der dort postiert war, führte mich ins Amtshaus, von dort wurde ich dem Bezirksgericht wie ein Schwerverbrecher eingeliefert und nach zwei Tagen mit vielen anderen Leidensgenossen, lauter Ausgestoßenen, zu fünf Tagen Arrest verurteilt. Im Arrest ist alles voller Läuse. Um mein Elend voll zu machen, wurden meine Kleider bei der Ausbreiung vollkommen ruiniert.“

Bürgerliche und sozialdem. Bürokraten werden vielleicht sagen: „Ja, ja, wir kennen das schon. Notorische Bettler, arbeitslose, Trinker!“ O nein, Der bettelnde Genosse ist ein alter Arbeiter, Elektromonteur, der in den letzten Jahren jede Arbeit, die

ihm untergekommen ist, angequitten hat. Die Umständlichkeit bis zur Erlangung der Unterstützung macht es aber nur zu begreiflich, daß einer, der nichts hat, den Bettelweg beschreiten muß.

Außerdem gehen denselben Weg die Ausgestoßenen. Treppauf, treppab wandeln die Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ihr Anblick stört aber die Schuldigen. Die Polizei wird beauftragt, mittels Arrest und Ausweisung die unlieb-samen Zeugen einer bankrotten Politik aus der Welt zu schaffen.

Vor einiger Zeit wurde ein nach We.-
Neustadt zuständiger 60 Jahre alter Ban-
arbeiter, der keine Unterstützung hatte, zu
5 Tagen Arrest und 10 Jahren Landes-
verweisung verurteilt, weil er beim Betteln
betroffen wurde.

Die Arreste sind durch diese von den Bürgerlichen unter stillschweigender Duldung der Sozialdemokraten organisierten Nazzia überfüllt. Ausweisungen werden massenhaft von der Grazer Polizeidirektion durchgeführt.

Hat jemand gehört, daß die sozialdem. Partei zum Schutze der Gehetzten etwas unternommen hat? Wehe der Arbeiterklasse, wenn sie die Gestrengsten im Stiche läßt! Die Reaktion setzt auf diese Karte. Im Nationalrat sowie in den Gemeinden müßten die Sozialdemokraten mit den schärfsten Mitteln den Kampf gegen die Bürgerlichen aufnehmen, damit die Arbeitslosenunterstützung so ausgebaut wird, daß niemand mehr betteln gehen braucht.

Sür die Gendarmerie!

Der sozialdem. Nationalrat Lager beantragte im Rechnungshofausschuß Erhöhung des Monturpauschales für Gendarmeriebeamte von 130 auf 300 S.

Eine sehr bedenkliche Liebesbezeugung.

Am 24. November fand die Konstituierung der neuernannten Bezirksvertretung von Voitsberg statt. Die Sozialdemokraten, denen in dieser Körperschaft die Mehrheit zugefallen wäre, verzichteten zugunsten der Bürgerlichen auf ein Mandat. Wörtlich lautet der Bericht des „Arbeiterwillen“ vom 1. Jänner, Seite 29:

„Die Sozialdemokraten verzichteten jedoch im Publikum auf ein gutes Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien in

der Bezirksvertretung auf das vierte Mandat zugunsten der Bürgerlichen.“

Wie soll man das verstehen? Haben sich die Arbeiter des Voitsberger Reviers mit dem Bürgerpach, mit den Ausbeutern ausgeföhnt? Haben die Bürgerlichen auf die Ausbeutung der Arbeiter in Hintertast verzichtet? Wenn eines von beiden der Fall wäre, dann könnten wir es verstehen, daß die sozialdem. Ortsgrößen auch oben in den Spigen ein gutes Einvernehmen herstellen wollen. Soviel uns aber bekannt ist, sieht der Bürgerliche dem Arbeiter auch im Voitsberger Revier nach wie vor als Klassenfeind gegenüber.

Und die Sozialdemokraten verzichten im Interesse des guten Einvernehmens mit dem Klassenfeind auf ein Mandat! Wie nennt man eine solche Handlungsweise? Die Antwort muß sich jeder selbst darauf geben können.

Si tacuisses — Wenn du geschwiegen hättest . . .

Die Leser des „Mahnrufes“ wissen bereits aus der letzten Nummer, daß die Gemeinderäte der Stadt Graz eine Erhöhung der Gemeindeumlagen um 100 Prozent vorschlugen. Die Auswirkung würde sich vom ärmsten Mieter an bemerkbar machen, indem er an jedem Monatsersten eine ganz beträchtliche Summe an Gebäudesteuer zu entrichten hätte. Die Gemeinde weist ein Defizit von 25 Milliarden auf. Dieses Defizit soll aus den Taschen der Mieter gedeckt werden. So hat es der sozialdemokratische Finanz-Referent Müllner vorgeschlagen. Wenn dieser Vorschlag nur die Reichen treffen würde, wäre es sehr gut. Er trifft aber auch die Armen, die Proletarier. Deshalb ist er schlecht. Der „Arbeiterwille“ vertritt zwar, daß die allergrößten Hungerleider die Steuer zurückbekommen. Das wird aber mit sozial kaufmännischen verbunden sein und so umständlich gemacht werden, daß derjenige, der den Betrag zurückhaben will, soviel Laufereien haben wird, daß die Schuhabnutzung höher kommt, als der zurückfordernde Betrag. Abgesehen sind die Arbeiter heute in ihrer Gesamtheit so schlecht bezahlt, daß man von ihnen nichts mehr fordern kann und ein sozialdemokratischer Finanz-Referent nichts fordern darf.

Die Christlichsozialen haben sich im „Volkblatt“ ebenfalls gegen die Erhöhung ausgesprochen. Also besteht zwischen den Christlichsozialen und uns deshalb eine Einheitsfront? Durchaus nicht. Das „Volkblatt“ hat aus ganz anderen Gründen gegen die Erhöhung der Gemeindeumlagen Stellung genommen als wir. Es hat in echt jesuitischer Art einen Kraxenwall gegen die Erhöhung geschlagen, um auf die dümmsten Eindruck zu machen. Denn nur ein ganz Vernagelter konnte es übersehen, daß das „Volkblatt“ erklärte, wenn die Sozialdemokraten nicht mehr für den Mieterschutz sind, dann stimmen wir einer Erhöhung zu. Die Christlichsozialen unterscheiden sich also in dieser Frage von den Sozialdemokraten, daß sie den Mieterschutz beseitigen wollen und für die Erhöhung sind. Wir unterscheiden uns von beiden Parteien, indem wir weder für die Erhöhung der Gemeindeumlagen auf Kosten des Proletariats, noch für die Beseitigung des Mieterschutzes sind.

Das Pharisäertum der Christlichsozialen kommt in dem Artikel des „Volkblattes“, das scheinbar gegen die Erhöhung der Gemeindeumlagen ist, aber erst dort zum vollen Ausdruck, wo die Lesekunst der breiten Masse aufhört, nämlich bei den zwei lateinischen Worten si tacuisses, die nur für den akademisch gebildeten sozialdemokratischen Redakteur, nicht aber für den „Böbel“ bestimmt waren. Diese beiden Worte besagen auf deutsch „wenn du geschwiegen hättest . . .“ Damit wölute der christlichsoziale Redakteur den Sozialdemokraten, welche die Christlichsozialen tagtäglich im „Arbeiterwillen“ angegriffen hatten, sagen, wenn ihr das Maul gehalten hätte, würden wir euch durch unsere scheinbare Gegenstim-

mung gegen die Gemeindesteuermulden-Erhöhung, keine Unannehmlichkeiten bereitet haben. Das also sind die Pharisäer. Nun zurück zur Erhöhung selbst. In vielen Gemeinden wird dasselbe Spiel wie in Graz getrieben. Die Arbeiter müssen für die Abgänge in den Gemeinden aufkommen. So ist es gegenwärtig auch in Wöllsborg, Traiskirchen, Andritz usw.

Das soll aber nicht so sein. Die Sozialdemokraten müßten versuchen, immer mehr auf die Reichcn abzuwälzen und die Arbeiter zu entlasten. Diesen Versuch hat der sozialdem. Finanzreferent Müllr aber nicht unternommen. Nicht umsonst kann der „Arbeiterwille“ schreiben, daß im Gemeinderat mit den Christlichsozialen und Großdeutschen vollständige Übereinstimmung bis auf den Artikel im „Volksblatt“ herrsche.

Wir wollen nicht verschweigen, daß der Reiche ein wenig mehr Gebäudesteuer zahlt als der Arbeiter. Dafür besteht aber auch der Unterschied, daß der Reiche alles hat und der Arbeiter nichts als seine Arbeitskraft, sein Weib und seine Kinder, seine Schulden und seine Sorgen.

Richtig gehandelt hätte die sozialdem. Gemeinderatsfraktion, wenn sie nur für eine Besteuerung der Reichen eingetreten wäre und dafür den Kampf gegenüber der Landes- und Bundesregierung aufgenommen hätte. Aber es ist schon einmal so: die von den Sozialdemokraten angestrebte Koalition wirft ihre Schatten voraus. Nur keine sozialistischen Experimente, denn das könnte die Bürgerlichen abneigen machen und Kenner und Bauer wollen doch schon so gerne in die Laube, zumindest wenn der Frühling ins Land zieht.

Verbreitet den „Mahnruf!“

Warum Gründung eines Roten Frontkämpferbundes?

Die Ereignisse des Jahres 1927 haben die eiserne Notwendigkeit zur Schaffung einer verteidigungs- und kampfbereiten Arbeiterwehr gezeigt. Weder Koalitionspartei noch Versöhnungsbüchselei, wie dies besonders von der Führung der S. V. seit dem 15. Juli betrieben wird, wird die Faschisten, Heimwehren und andere Arbeitermordorganisationen abhalten, ihre schurkischen Pläne durchzuführen, geschweige abzurufen. Die Bewaffnung der Faschisten und Heimwehren geschieht wohl nicht zum Sport oder Bogelschießen, sondern zum Niederknallen der revolutionären Arbeiterklasse, falls sie sich gegen ihr Elend aufbäumt.

Es bedeutet Selbstmord der Arbeiterklasse, wenn sie vor diesen Tatsachen die Augen verschließt, oder von der wahnwitzigen Idee besessen ist, durch den Stimmzettel den Segner besiegen zu können. Furchtbar rächt sich jede Halbheit in der Handlung gegenüber dem Klassengegner, was die Erfahrung der Entwicklung in Österreich seit 1918 schon gezeigt hat. Da auch der Republikanische Schutzbund durch die sozialdem. Parteiführung immer mehr zu einer Parteiparadeformation degradiert, ja sogar zum Schutze der Klassengegner (Wiener Polizei, 15. Juli) gegen die Arbeiter verwendet wurde, ist die Möglichkeit einer ernstlichen Verteidigung der Arbeiterklasse durch diesen nicht mehr gegeben.

Während die Heimwehren, Pöckentanzler usw. alle reaktionären Elemente zusammenschaffen, ohne Unterschied der Partei, schießt die Schutzbundführung alle revolutionären Arbeiter aus, welche nicht zur Unschickbarkeit der S. V. schweigen.

Aus diesen wenigen angeführten Gründen ist die geschichtliche Notwendigkeit gegeben, eine wirkliche allumfassende Kampforganisation der Arbeiterklasse, den

Roten Frontkämpferbund

zu schaffen. Jeder mehrbaisige, klassenbewusste Arbeiter muß Mitglied des „Roten Frontkämpferbundes“ werden!

Lenins Testament.

Lenin schreibt an den XIII. Parteikongress der R. K. V. am 25. 12. 1922. Vorliegendes Schreiben des genialsten Führers der proletarischen Revolution geben wir wieder, um allen, die sich über den Kampf in der russischen kommunistischen Partei tiefer interessieren zu zeigen, daß Lenin schon vor Jahren in Stalin eine Gefahr für die Einheit der Partei erkannte. (Die Redaktion.)

Unter Stabilität des Zentralkomitees, worüber ich vorher gesprochen habe, verstehe ich Maßnahmen, um eine Spaltung zu vermeiden, soweit solche Maßnahmen getroffen werden können. Denn natürlich hatte der Weiskardist in „Rustaja Rus!“ recht — ich glaube, es war S. G. Oldenburg — als er bei seinem Spiel gegen die Sowjetregierung seine Hoffnung in erster Linie auf eine Spaltung in unserer Partei setzte, und als er weiter für die Spaltung auf ernste Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei spekulierte. Unsere Partei ruht auf zwei Klassen. Aus diesem Grunde ist eine Erschütterung ihrer Stabilität möglich, und wenn kein Einvernehmen zwischen beiden Klassen bestehen kann, ist der Zusammenbruch der Partei unvermeidlich. In einem solchen Falle wäre es zwecklos, irgendwelche Maßnahmen zu treffen oder im Allgemeinen die Stabilität unseres Zentralkomitees zu erörtern. In einem solchen Falle würden keine Maßnahmen imstande sein, eine Spaltung zu verhüten, aber ich erwarte zuversichtlich, daß es sich dabei um eine zu ferne Möglichkeit handelt, um ein zu unwahrscheinliches Ereignis, als daß man darüber sprechen müßte. Was mich beschäftigt, ist die Stabilität als Garantie gegen eine Spaltung in der nahen Zukunft, und ich möchte hier auf eine Reihe von Betrachtungen rein persönlichen Charakters eingehen.

Ich glaube, daß ein grundlegender Faktor in der Frage der Stabilität von diesem Gesichtspunkte aus die Persönlichkeit solcher Mitglieder des Zentralkomitees ist wie Stalin und Trozki. Die Beziehung zwischen ihnen ist nach meiner Ansicht gleichbedeutend mit mehr als der Hälfte der Gefahr einer Spaltung, die vermeidbar ist. Die Chancen, die Spaltung zu vermeiden, könnten nach meiner Ansicht dadurch erhöht werden, daß man die Anzahl der Mitglieder des Zentralkomitees auf 50 oder 100 erhöhte. Nachdem Stalin Generalsekretär geworden ist, hat er eine ungeheure Machtfülle in seiner Hand vereinigt. Ich bin nicht ganz sicher, daß er es nicht versteht, diese Macht mit genügender Vorsicht anzuwenden. Auf der anderen Seite zeichnet sich Trozki, wie er im Kampf gegen das Zentralkomitee anlässlich der Frage des Volkskommissariats für Verkehrswege erwiesen hat, nicht nur durch außergewöhnliche Fähigkeiten aus — als Person ist er sicher der befähigste Mann im gegenwärtigen Zentralkomitee — aber er zeichnet sich ebenso aus durch zu weitgehendes Selbstvertrauen und durch eine Anlage, sich zu sehr durch die administrative Seite der Dinge anzuziehen zu lassen.

Diese Eigenschaften der beiden befähigsten Mitglieder des gegenwärtigen Zentralkomitees könnten ohne deren Schuld zu einer Spaltung führen, und wenn unsere Partei keine Maßnahmen trifft, eine Spaltung zu vermeiden, so könnte diese Spaltung unerwartet eintreten.

Ich will nicht weiter die persönlichen Eigenschaften der übrigen Mitglieder des Zentralkomitees charakterisieren. Ich erinnere daran, daß der Sinomjew-Kamenev-Zwischenfall im Oktober nicht zufällig war. Aber er sollte gegen die beiden ebenso wenig ausgenützt werden wie gegen Trozki seinen Nichtbolshewismus (die Tatsache, daß Trozki bis zum Sommer 1917 außerhalb der bolshewistischen Partei stand).

Von den jüngeren Mitgliedern des Zentralkomitees möchte ich ein paar Worte über Bucharin und Bjalow sagen. Sie sind nach meiner Ansicht die Fähigsten unter der Jugend, und mit Hinblick auf sie muß man im Auge behalten, daß Bucharin nicht nur der wertvollste und bedeutendste Theoretiker der Partei ist, sondern auch, daß er mit Recht als der Liebling der ganzen Partei angesehen werden kann. Jedoch können seine Ansichten nur mit sehr großen Zweifeln als völlig marxistisch bezeichnet werden. Er hat etwas Scholastisches an sich — er hat die Dialektik nie gelernt und ich glaube auch, daß er sie nie völlig verstanden hat.

Bjalow zeichnet sich ohne Zweifel durch seine Willenskraft und Fähigkeit aus, aber er neigt zu sehr zur administrativen Seite, als daß man sich auf ihn in einer ersten politischen Frage verlassen könnte.

Diese Bemerkungen sind gemacht worden in der Annahme, daß die genannten fähigen und loyalen Männer vielleicht keine Gelegenheit finden sollten, ihre Kenntnisse zu ergänzen und ihre Einseitigkeit zu korrigieren.

(Postskriptum.) Stalin ist zu schroff und dieser Fehler, der durchaus erträglich in den Beziehungen von uns Kommunisten untereinander ist, wird unerträglich bei dem Inhaber des Amtes eines Generalsekretärs. Ich schlage daher vor, daß die Genossen einen Weg finden, Stalin aus dieser Stellung zu entfernen und auf seinen Posten jemanden anders zu setzen, der in jeder Hinsicht vor Stalin das eine voraus hat, daß er duldsamer, offener und höflicher den Genossen gegenüber ist und weniger Launen hat.

Dieser Umstand mag als unbedeutende Kleinigkeit erscheinen. Aber ich glaube, vom Gesichtspunkte der Vermeidung einer Spaltung und vom Gesichtspunkte der Beziehungen zwischen Stalin und Trozki gesehen, ist es keine Kleinigkeit, oder es ist eine solche Kleinigkeit, die später eine entscheidende Bedeutung gewinnen kann. Lenin.

Die Altersrenten für Hausgehilfinnen.

Die Christlichsozialen wollen mit der am 2. d. Gesetz gewordenen Altersrente für Hausgehilfinnen einige Gimpel einfangen. Um die Leimspindel sichtbar zu machen, muß Folgendes gesagt werden:

Die Christlichsozialen sind gegen die Einbeziehung der Hausgehilfinnen in das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Deshalb bekommen die arbeitslosen Hausgehilfinnen auch keine Arbeitslosenunterstützung. Um das unchristliche Verhalten der Christlichsozialen zu veranschaulichen, haben sie das Altersrentengesetz geschaffen, das aber eine Augenauwächerei ist, weil das Gesetz zwei Punkte beinhaltet, durch welche tausende von Hausgehilfinnen praktisch niemals im Besitz der Rente kommen werden. Das

Gesetz sagt nämlich, die Hausgehilfin kann erst dann die Rente bekommen, wenn sie 60 Jahre alt ist und in den letzten sechs Jahren drei Jahre als Hausgehilfin beschäftigt war. Wo gibt es heute eine „Herrschafft“, die eine Hausgehilfin so lange behält, bis sie so alt wird? Sie wollen ja nur junge Kräfte, damit ihnen möglichst viel Arbeit vom frühen Morgen bis in die späte Nacht aufgehalst werden kann. Das ist der eine Punkt und der andere lautet: Die 60 Jahre alte Hausgehilfin muß nicht nur nachweisen, daß sie arbeitslos ist, sie muß auch den Beweis erbringen, sich in einer besonderen Notlage zu befinden. Was das bedeutet, wissen wir, die wir es täglich erleben, daß Arbeitslosen die Unterstützung mit der Begründung „besondere Notlage nicht vorhanden“ eingestellt wird, trotzdem sie am Hunger-

tuche nagen. Wenn die 60 Jahre alten Hausgehilfinnen um die Altersrente ansuchen, diese aber in den aller seltensten Fällen bekommen werden, dann werden sie selbst einsehen, daß die Christlichsozialen eine Augenaußwärtigkeit nach echt jesuitischer Art mit der Altersrente für Hausgehilfinnen in Szene gesetzt haben.

Fünf Groschen Lohnerhöhung, ein Hohn der Metallindustriellen.

Trotzdem seit Jahren keine tarifliche Erhöhung der Löhne erfolgte, trotzdem alle Lebens- und Bedarfsartikel weit über das Ausmaß der Forderungen gehen, welche die Teuerung zum Teil wettmachen soll, höhnen die Unternehmer die Metallarbeiter mit einem Angebot einer Erhöhung von 5 Groschen pro Stunde für Profesionisten und qualifizierte Hilfsarbeiter. Statt 60 Groschen nun 65 Groschen für Großbetriebe und statt 57 Groschen nun 62 Groschen für Kleinbetriebe. Für Arbeiterinnen über 18 Jahre eine Erhöhung von 34 Groschen auf 36 Groschen, also nur von 2 Groschen. Die Unternehmer, die Milliarden für den Fond zur Ausrüstung der Kasernen und Heimwehren ausgeben, haben natürlich nichts mehr für die Arbeiter übrig. Die Bewaffnung der Heimwehren u. soll ja dazu dienen die Arbeiter niederzuknallen, wenn sie um mehr Brot kämpfen. Es ist selbstverständlich, daß die Ausbeuter niemals durch gutes Zureden am grünen Tisch sich bewegen lassen, entsprechende Löhne zu gewähren, wie die bisherige Erfahrung immer bewiesen hat.

Endlich ging die Gewerkschaftsleitung daran, darüber in einer allgemeinen Betriebsräteführung Bericht zu erstatten. Sekretär Ring wandte seine ganze Redekunst an, um zu begründen, daß weiter verhandelt und gehandelt werden müsse. Die Opposition brachte zur gegebenen Situation folgende Anträge ein:

1. Einberufung einer allgemeinen Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes zur Berichterstattung längstens bis 15. Jänner.
2. Terminierung der Lohnverhandlungen bis 20. Jänner.
3. Herausgabe des Entwurfes des neuen Lohnvertrages und des Gegenentwurfes der Unternehmer an die Betriebsräte aller Metallbetriebe.
4. Welche Maßnahmen ergreift der Metallarbeiterverband bei Ablehnung der Forderungen bzw. bei Scheitern der Verhandlungen.

Diese Anträge wurden zur Grundlage einer langen Debatte. Gewerkschaftsbürokrat Ring wettete gegen die Anträge. Die Einberufung einer Metallarbeiterversammlung meinte er, sei zwecklos, da man noch nichts in der Hand hat. Im Prinzip mußte er aber doch zugeben, daß eine Information richtig sei, deshalb ein Flugblatt herausgegeben werden soll. Von einer Terminierung der Verhandlungen wollte Ring überhaupt nichts wissen, da er wahrscheinlich glaubt, durch gutes Zureden die Unternehmer von ihrer Starrköpfigkeit abbringen zu können. Verhandlungsmaterial könne an die Betriebsräte nicht abgegeben werden, weil keines da sei. (?) Zu dieser dummen Ausrede schüttelten selbst viele Betriebsräte die Köpfe. Über die Kampfeskraft, sagt er, werden wir ebenfalls nicht plaudern, weil es sonst die Segner erfahren könnten. Das heißt also, die Mitglieder haben darüber nichts zu reden, wir „vielerproben und verantwortlichen Führer“ werden es schon machen.

Die Mitglieder des Verbandes haben aber in mehreren Lohnkämpfen hintereinander schlimme Erfahrungen gemacht und werden ihr primitivstes Recht, nämlich die **Mitbestimmung und Entscheidung in Anspruch nehmen, nicht nur das Recht der Beitragszahlung.** Der „Mahnruf“, welcher den Reformisten sehr unangenehm zu sein scheint, wird auch weiter das Kampfsblatt und Sprachrohr der Opposition in den Gewerkschaften sein.

Metallarbeiter fordert euer Recht, verlangt Berichterstattung in einer allgemeinen Mitgliederversammlung des Verbandes!

Organisierte Metallarbeiter, Achtung!

Kollegen! Der Verbandsvorstand beabsichtigt, die Mitglieder mit einer weiteren Beitragserhöhung zu überrennen — laut Tagesordnung siehe „Österr. Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 53 vom 31. Dezember.

Tagegen muß von allen Mitgliedern der schärfste Protest erhoben werden. Eine Erhöhung darf nicht stattfinden. Eine andere Gewerkschaftspolitik würde die Mitgliederzahl bedeutend erhöhen und damit die Einnahmen vergrößern. Die Politik der Reformisten ist die eines Kaufmanns, der durch schlechte Führung die Kunden verliert und durch Preiserhöhung den Ausfall wettmachen will. Fordert im Zusammenhang mit der Lohnbewegung erst recht eine Metallarbeiter-Versammlung, um auch zur Beitragsfrage Stellung zu nehmen. **Wahrt eure Rechte!**

Was man uns schreibt

Der Wachmann mit der Hundelchnauze.

Wir erhielten brieflich folgende Feldentat eines Grazer Wachmannes, datiert mit 30. 12. 1927, mitgeteilt: Heute um halb 11 Uhr vormittags ging der Schankbursche des Gasthofes „Grabenrestaurant“ mit einem Teppich im Auftrage seines Dienstgebers in die Hans-Sachs-Gasse. In der Jahngasse kam ihm ein Grazer Wachmann entgegen und fragte den so verdächtigen Burschen, wo er den Teppich her habe. Antwort: „Von meinem Dienstgeber!“ Wachmann: „Das kann jeder sagen, kommen Sie mit!“ Und schon war er verhaftet und auf die Wache gebracht. Dort stellte sich durch ein Telefongespräch mit dem Wirt seine Unschuld heraus und in Gnaden ward er entlassen. Was würde geschehen, wenn die Grazer Polizei in jedem, der ein Paket trägt, einen Gauner vermutet und jeden so „Verdächtigen“ verhaften würde?“

Die Fragestellung erübrigt sich, da die Polizei nur auf schlecht gekleidete, dem Proletariatsstande Angehörige dressiert ist. Schade, daß Sie nicht die Nummer eruiert haben. Wir hätten ihn in Anbetracht seiner guten Schnauze dem Polizeipräsidenten Runz zur Aufnahme in den Hundelstier für Polizeispürnasen empfohlen.

Ein Schattenbild auf das 40jähr. Jubiläum der Arbeiter-Unfallversicherung.

Das Bestehen der Arbeiter-Unfallversicherung ist zweifelsohne ein Erfolg. Doch Praktiken reißen ein, die dem Ansehen der Einrichtung sehr schaden. Sachverständige sind bestellt, von denen man eine Verantwortung mit der Kassa annehmen muß. Die erste Kritik, die im „Mahnruf“ über diese Mißstände erschienen ist, findet vielfältigen Widerhall. Der Betriebsinvalide Gen. Zaucher gibt uns just in dem Moment, wo die Bürgerlichen über das 40 jährige Bestehen schreiben und der Obmannstellvertreter der Arbeiter-Unfallversicherung, Stanel, kein Haar in der Suppe entdecken kann, Einblick in das Unternehmen. Er schreibt: Im August v. J. ertitt ich bei einer Reflexexplosion einen schweren Unfall. Durch eine im Landestrankenhause vorgenommene Röntgenuntersuchung wurde eine Gleichgewichtsstörung des Herzens als Folge des Betriebsunfalles festgestellt. Auf Grund einer vom berühmten Sachverständigen Dr. Rutschera durchgeführten Begutachtung wurden 30 Proz. Erwerbsunfähigkeit zuerkannt. Bis August 1927 wurde mir auch die dementsprechende Rente ausbezahlt. Die Unfallfolgen waren aber derart schwer, daß ich zweimal bei der Arbeit ohnmächtig wurde; und in der weiteren Folge sich überhaupt vollkommene Arbeitsunfähigkeit einstellte. Die Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassa Wien stellte mir das Zeugnis aus: „Krank und vollkommen arbeitsunfähig“.

Die Klage, die ich beim Schiedsgericht der Arbeiter-Unfallversicherung um Erhöhung der Rente einbrachte, endete damit, daß der „Sachverständige“ Dr. Moraweg, christlichsozialer Abgeordneter, ein Lungenleiden feststellte, das ich nie hatte, da meine Lunge vollkommen gesund ist. Das kann ich auch mit einem von drei Ärzten unterzeichneten Befund beglaubigen und außerdem wurde dies in dem ersten Bescheid auf Grund einer im Landestrankenhause erfolgten Untersuchung ebenfalls festgestellt. Dr. Moraweg hatte das Lungenleiden wohl nur zum Zwecke der Ablenkung erfunden. Einige Zeit nach dieser Konstatierung erhielt ich, der ich, wie bereits angeführt, vollkommen arbeitsunfähig bin, den Bescheid: „Die durch den Betriebsunfall vom 11. August 1928 bewirkte Verminderung Ihrer Erwerbsunfähigkeit wurde mit 15 Proz. eingeschätzt. Ihre Rente beträgt daher S 17-50 monatlich.“

Nichts könnte besser die durch Kunstkniffe zur Norm ausgereifte Benachteiligung der Arbeitsinvaliden beweisen als dieser Fall, wo der Betroffene gemäß seiner Arbeitsunfähigkeit statt einer Erhöhung der Rente eine Kürzung erhielt. Dazu muß erwähnt werden, daß der so um sein Recht Betrogene Vater von zwei unverheirateten Kindern ist und eine kranke Frau zu erhalten hat. Die Arbeiter-Unfallversicherung kann stolz sein, es in 40 Jahren so weit gebracht zu haben, einen arbeitsunfähigen Familienvater mit S 17-50 monatlich abfertigen zu können. Und die sozialdem. Funktionäre in dieser Institution? Sie schweigen. Da ist etwas faul im Staate Dänemark.

Der Kunstkönig der „Stalin-Kommunisten“.

Die Chagrans und Fabians haben wieder einen „leuren“ Mitkämpfer verloren, nämlich Kernmayer mit seinem fastjam bekannten Anhang. Vor wenigen Monaten schrieb noch ihr Leiborgan die „Rote Fahne“: „Unser Genosse Kernmayer wurde heute Nacht von Faschisten niedergeschossen usw.“ Nachdem Kernmayer deshalb in den Augen der klassenbewußten Arbeiter immer noch nicht als „Feld“ gefeiert wurde (man munkelte eine dunkle Geschichte, nämlich Selbsterhebung zum Märtyrer), griff nun dieser „radikale Scheinkommunist“ zum Kunstkönig, um sich Sympathien bei den Arbeitslosen und anderen zu holen. Neben einer Kolonistenvereinigung wurde eine sogenannte „Allgemeine Arbeiter-Verbrauchergenossenschaft“ gegründet. So wie die Arbeiter in ihrem guten Instinkt dem „offiziellen Kommunismus“ der Chagran, Fabians und Komp. nicht auf den Leim gingen, ebensowenig floßen sie auf den Kunstkönig der Kernmayer und Sie. Man wurde aber deshalb nicht verlegen. Ein Blumentag sollte Kapital bringen, da der Kredit für Kunstkönig aufgehört hat. Man klopfte bei der Gemeinde um Bewilligung an. Die Gemeinde schenkte jedoch den „edlen Kämpfern“ kein Vertrauen und wies sie ab. Darüber scheinbar sehr erobert, betrie Kernmayer vor kurzem eine „öffentliche Versammlung“ ein (in der circa 30 Männchen erschienen sind) mit der Tagesordnung „Österreichs Untergang“. Wahrscheinlich meinte er in seinem Delirium die „Verbrauchergenossenschaft“. Den Untergang schilderte er nebstbei in wüsten Beschimpfungen des „Mahnrufs“ und Verleumdungen der Genossen der Komm. Partei (Opposition) Pincis, Wagner, Koch, wobei ihm Chagran Beifall sekundierte und in eine Ekstase geriet, wie die Jungfrau von Romerbreuth. Wir erwähnen das Zusammengehen der „Offiziellen Kommunisten“ Chagran und Komp. nur deshalb, weil selbe immer bestreiten, daß sie mit Kernmayer und Sie. zu tun hätten. Diese Tatsachen wiederlegen aber diese Behauptungen. Diese Art Kommunisten sind jedoch gezwungen, sich mit allem, was kommt, zu verbinden, da ihre „Partei“ sonst keine „Kämpfer“ hat. Die jamose „Verbrauchergenossenschaft“ wurde von den Arbeitern negiert und schließlich von der Polizei liquidiert.

Die Genossenschaft der Chagran, Fabians mit ihrer „Roten Fahne“ werden die Arbeiter selbst liquidieren.

Was dem Arbeiterleben

Gibt die Schiedskommission Boitsberg im Sinne der Alpine Montan?

In der Weihnachtswoche wurde ein Arbeitsloser dem Karstschacht (Alpine Montan-Grube) zugewiesen. Derselbe ging an gleichen Tage ins obgenannte Werk und übergab dem Herrn Rechnungsführer Reisch mit der Entschuldigung, nicht schon vormittags gekommen zu sein, die Arbeitsnachweiskarte. Der Beamte Reisch, der sich vom Arbeitslosen durch einen höheren Bildungsgrad unterscheidet, brüllte wie ein Ochs: „Wir brauchen Sie nicht mehr“ und schlug den Schalter zu. Dieses Verhalten kann nur als Baunenheißigkeit gewertet werden, da in diesem Werke auch nachmittags Aufnahmen stattfinden. Als der Arbeitslose seine Karte mit der Begründung, sie beim Arbeitslosenamt zu brauchen, zurückverlangte, versief Reisch förmlich in Wahnwitz, weil ihm die Tonhöhe, in der das Verlangen gestellt wurde, nicht passend war. Interessant! Reisch darf das Schalterfenster vor dem Arbeitslosen zuschlagen, für den Arbeitslose wäre aber bald notwendig, sich ein Lompfeffer anzuschaffen, damit beim hartbearbeiteten Reisch nicht der Verstand reißt. Trotz des teutonischen Gedralls ging jedoch der Arbeitslose mit Rücksicht auf den „schwachen Verstand“ des als Spinnritters allgemein bekannten Reisch fort. Immerhin ist die Anwesenheit eines solchen Individuums, das nicht ganz normal ist, in einem Werke von 700 Arbeitern eine bedenkliche Sache, umso mehr als bekannt ist, daß Reisch schon öfters sich so schändlich auführte. Zur größten Überraschung trat einige Tage nach diesem Vorfall die Boitsberger Schiedskommission unter der Leitung des allwissend „beliebten“, „geehrten“ und „geschätzten“ Herrn Rees als Sekundanten der Alpine Montan auf. Dem Arbeitslosen wurde die Unterstützung wegen Arbeitsverweigerung auf acht Wochen entzogen. Als die hiesige Schiedskommission zusammentrat, wurde der Arbeitslose davon verständigt und Herr Rees sagte: „Sie können jetzt Ihrem Arbeitervertreter erzählen, wie es war, benehmen Sie sich aber nicht so lämmelhaft wie bei Herrn Reisch.“ Also wurde der Entzug wegen des lämmelhaften Benehmens im Auftrage der Alpine Montan ausgesprochen. Da es aber einen Paragraphen, der wegen lämmelhaften Benehmens den Entzug der Arbeitslosenunterstützung vorseht, nicht gibt, wurde als Ausfallsparagraf die Bestimmung über die Arbeitsverweigerung herbeigezogen. Der Herr Rees ist eben nie verlegen, wenn es gilt, einen Arbeits-

losen zu schädigen. Deshalb haben ihn auch die Arbeiter von Boitsberg so gern. Am liebsten wäre es ihnen, wenn sie ihm schon einen Gedenkstein setzen könnten. Als Inschrift würden wir vorschlagen: „Er war ein großer Sämmel, der anderen wegen lämmelhaften Benehmens die Unterstützung entzog.“ Das freigewerkschaftliche Arbeitslosenkomitee hat bis heute nichts unternommen, um den Herrn Rees zu fluchen. Nun aber, da dieser so offensichtlich Freundschaftsdienste der Alpine Montan erweist und zur Verschleierung seines Mittelhandwerks mit Paragraphen jongliert, die den Tatsachen vollkommen entgegengekehrt sind, fordern wir vom freigewerkschaftlichen Komitee, gegen das wiederträufliche, arbeitervindliche Verhalten des Herrn Rees eine Protestversammlung abzuhalten.

Ereignisse der Woche

Das 99. Julioffer. Der Drogerienlehrling Erwin Riedler, der am 15. Juli durch zwei Dumdumgeschosse schwer verletzt wurde, ist am 26. Dezember an den Folgen der gefährlichen Verwundung gestorben.

Abgelehnt wurde die Forderung der Kriegsoffer nach einer einmaligen Notstandsunterstützung. Es seien keine Mittel vorhanden, erklärte der Bundesminister für soziale Fürsorge.

Gustav Kofke, der 1919 den Schlussbeich gegen demonstrierende Arbeiter gab, der Witschaldige an der Ernennung Lugenburgs und Liebnechts, der Inhaftigste Riedel des Hindenburg, soll von der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten Reichstagswahlen als Kandidat aufgestellt werden.

Don Wölfe zerfleischt. In der Nähe von Marmarosziged, Ungarn, wurden 11 Mädchen in einem Walde von Wölfen überfallen und zerfleischt.

Sträflingsrevolten unter politischen Häftlingen sind auf Korfka ausgebrochen. Sie haben sich verbarrilliert und drohen gegen mit Erschießen, der sich nähert. Große Gendarmen- und Militärabteilungen belagern die Strafanstalt.

Dokarkapitalisten im Kampf gegen Arbeiter. In den Pittsburger Kohlenrevieren haben die Unternehmer den dort streikenden Bergarbeitern die Wasserzufuhr abgesperrt.

Arbeiter in Kwantung an der Macht. Die englische Zeitung „Times“ meldet, daß in den Provinzen Kwantung, Hoifung und Lufung „Kapitalisten, Christen, Spieler, Opiumraucher“ von Arbeitern und Bauern verhaftet und hingerichtet werden. Aus dieser Notiz ist ersichtlich, daß die Arbeiter

und Bauern nach ihrer Verdrängung aus Kanton in den südlichen Provinzen nicht befestigt sind.

Franz Gungl reiste nach Indien, die die vom tagenden Nationalkongreß eingeladen wurde, hat die englische Regierung verboten.

Panzerautos gegen die Arbeiter!

Nach dem 15. Juli forderte die Wiener Polizei Panzerautos an. Der katholische Priester Seipel gab, um für alle Coeventualfälle die Arbeiter noch wirksamer als am 15. Juli abschlagen zu können, seine Zustimmung. Der Bauernbändler Partleb erklärte auf die Frage des Sozialdem. Danneberg, ob die Panzerautos im Inland gekauft werden, sie werden im Ausland gekauft, wenn sie im Inland nicht beschafft werden können. Wien soll also keine Panzerautos erhalten. In weiterer Folge werden die Christlichsozialen auch in den übrigen Städten für diese Neuerung im Kampfe gegen die Proletarier sich einsetzen. Die Sozialdemokraten können allerdings einen Strich durch die Rechnung ziehen, da im Parlament eine Vorlage über die Anschaffung unterbreitet werden muß. Ob sie es tun werden, ist allerdings fraglich.

Roter Frontkämpferbund Österreichs.

Auskünfte, Zuschriften und Mitgliederaufnahme jeden Tag von 5 bis 7 Uhr abends bei Genossen Wagner, Graz, Elisabethnergasse 20.

In Boitsberg bei Gen. Rohry, Burggasse Nr. 4, jeden Abend und jeden Montag, Donnerstag und Samstag von 9 bis 12 Uhr im Gasthaus Reichel.

Mitglieder-Versammlung der K. P. (Opposition)

Samstag, den 14. Jänner, halb 8 Uhr abends: Elisabethnergasse Nr. 20.

Bildungsturse.

Nächster Bildungsturs:

In Andritz: Samstag, den 4. Jänner, halb 8 Uhr abends.

In Wiking: Montag, den 16. Jänner, halb 8 Uhr abends, bei Genoss Baumkirchner, Schipfingerstr. 244.

In Graz: Samstag, den 14. Jänner, halb 8 Uhr abends, Elisabethnergasse 20. Sonntag, den 14. Jänner, halb 8 Uhr abends, in Schmanna Waffhaus, Schwanngürtel, Stadtteil III.

Presseband-Ausweis.

H. Binitsch S 10, B. Steiner S 1, Aus einer Veranstaltung unter Parteigenossen S 10-93, Sammelergebnis Finanzen S 5-50, M. Bach S -50.

Der rote Späher.

Erzählung aus Sibirien von Restatschny, Fortsetzung.

Und zweitens würde unser alter natürlich toben. Erschießen, ohne ihm zu melden! Ohne seinen Befehl! Und drittens brauchen wir doch unseren Wagon nicht mit dem Blute dieses Lumpen zu besudeln. Legen Sie den Revolver fort. Morgen werden wir die Angelegenheit untersuchen. Bis dahin müssen wir den Kerl irgendwo festhalten. Wir können jetzt nicht mitten in der Nacht eine ganze Patrouille anfordern wegen einer solchen blöden Schlägerei!

Die Wande beriet, wo sie mich einsperren sollen, damit ich ihnen nicht davonlaufe.

In den Abtritt . . . Nein, in den Heizraum, da gibts kein Fenster! . . .

Ich fand mich wieder in einem völlig finsternen Raum, wo nur ein Kohlenofen stand. Von außen hörte man den Riegel einschnappen.

XV

Vor der Hinrichtung.

Es vergingen einige Minuten, bis ich ganz zu mir kam und wieder logisch und zusammenhängend denken konnte.

Dieser blöde Zwischenfall zerrückerte mit einem Schlag alle meine Pläne. Meine ganze Arbeit war umsonst. Ich muß umkommen, der Verräter bleibt ungestrast, kann weiter Schaden anrichten!

Der Tod?

Für mich, der ich schon unzählige Male mein Leben bewußt aufs Spiel gesetzt hatte, bedeutet der Tod nur das Ende der Arbeit, den Abschluß des Kampfes für das, wofür ich gelebt und gekämpft hatte und was das einzige Ziel meines Lebens ist . . .

Des Kampfes um das Glück, um die Freiheit der arbeitenden, schweligen Hände . . .

Und nun ist das Ende des Lebens da, das Ende des Kampfes. Es war mir also nicht gelungen, das mir gesetzte Ziel zu erreichen! . . . Der Verräter bleibt unentdeckt, er setzt seine schändliche Tätigkeit fort, der Verrat bleibt ungeahnt und morgen, morgen bereite ich dem weißen Lumpengefindel wahrscheinlich recht viel Vergnügen. Es wird eine Gerichts- komdie aufgeführt und ein Urteil mit höhnischem Grinsen gefällt werden. Aber muß ich ihnen eigentlich die Möglichkeit geben, über mich zu triumphieren? Nein . . . Ich habe ja ein Mittel in den Händen, um sie dieses Vergnügens zu berauben. Ich muß

nur den Entschluß fassen, ihnen zuvorkommen. Hier sofort. Meinen Drowningrevolver führte ich ja immer mit. Auch jetzt habe ich ihn in der Geheimtasche meines Rockes. — Ich griff nach ihm, Aber da spürte ich in derselben Tasche, gleich neben ihm das unglückselige Dokument! . . .

Zum Teufel mit der Seelenschwäche des Augenblicks! Ich bin ein Revolutionär, ein Mann seiner Ideen, ein Mann seiner Pflicht! Unsere Parole lautet: Kampf und wiederum Kampf bis zum Sieg!

Durfte ich etwa durch meinen Selbstmord jede Möglichkeit zerstören, das Dokument an die Unfrigen gelangen zu lassen?

Meine Genossen werden ja übrigens gleich morgen von meiner Verhaftung erfahren und zweifellos schon morgen alles daransetzen, mit mir in Verbindung zu treten. Dann übergebe ich ihnen dieses Dokument. Ein anderer wird sicherlich meine Nachforschungen beenden und dann mögen die Weissen für das Vergnügen, sich an meiner Hinrichtung zu ergötzen, teuer bezahlen. Mit der Enthüllung ihres Spions, mit dem Verlust der wertvollen Dienste ihres Agenten bähgen . . .

(Fortsetzung folgt.)